Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 7

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GRIECHENLAND

Kampf- und Schützenpanzer sowie der F-35

Griechischer Leopard im Trainingseinsatz. Bild: army.gr

Athen benötigt schweres Gerät. Deshalb sollen 183 Kampfpanzer Leopard 2 A4 auf den Standard A7 modernisiert werden, mit der Option auf den Ausbau mit Trophy, einem abstandsaktiven Schutzsystem. Dazu kommen 190 Leopard 1 A5 mit neuer Zieloptik. Die Panzer alleine kosten etwa 1,3 Milliarden Euro. Die Trophy-Zielzuweisung macht weitere 600 Millionen Euro aus. Den Upgrade würde das deutsche Rüstungsunternehmen KMW übernehmen, das auch die vom israelischen Hersteller Raffael stammenden Trophy-Einbauten übernimmt. KMW würde dazu vor Ort in entsprechende Werke investieren. Für Griechenland ein interessantes Gegengeschäft. Da es zudem auch auf der Suche nach neuen Schützenpanzern ist, würden hier maximale Synergien nutzbar. Denn konkret geht es um den Erwerb von 205 Schützenpanzern des Typs Lynx (in Griechenland unter dem Namen Toma Lynx bekannt) aus dem Hause Rheinmetall und somit ebenfalls aus deutscher Produktion – teilweise aus Altbeständen, die dann in den gleichen Werken modernisiert werden sollen. Die Beschaffung muss von den griechischen Streitkräften noch bestätigt werden, bevor sie der politischen Führung zur Genehmigung unterbreitet wird. Da Leopard und Lynx aufeinander abgestimmt sind und den gleichen Konstruktions- und Betriebsstandards sowie Wartungs- und Unterstützungsparametern folgen, sprechen wenige Argumente gegen diese Beschaffung. Einzig weil Griechenland auch den Kauf eines F-35-Geschwaders anstrebt, könnte die finanzielle Belastung für das Land zu gross sein. Für den Premierminister Kyriakos Mitsotakis ist dies kein grundsätzliches Problem. Nachdem sein Land bereits letztes Jahr von Frankreich gebrauchte Rafale-Jets gekauft hat, sieht er für die Beschaffung der Kampfjets fünfter Generation eine «optimale fiskalpolitische Möglichkeit ab 2028». *pk*

SPANIEN

Mehrere «Fronten»

Anlässlich des Jubiläums der 40-jährigen Mitgliedschaft Spaniens bei der NATO erklärte Generalsekretär Jens Stoltenberg im Mai, dass er es kaum erwarten könne, das bevorstehende Gipfeltreffen der Nordatlantikallianz Ende Juni zu eröffnen. «Wir werden», so Stoltenberg, «den Weg in die nächste Dekade vorspuren. Und nicht nur das, wir werden auch Finnland und Schweden in unserem Bündnis begrüssen.» Premierminister Pedro Sanchez blies ins gleiche Horn. Er werde das spanische Volk überzeugen, dass seine geplanten Budgeterhöhungen der einzige und richtige Weg sei, um das Land sicherer zu machen. Dazu will er die Verteidigungsausgaben von derzeit 1,03 Prozent des BIP bis 2024 verdoppeln. Als Beweis schickte er Verteidigungsministerin Margarita Robles vor, die unverblümt Spaniens «totales Bekenntnis zur NATO» pries und mitteilte, dass ihre 500 Soldaten an der NATO-Ostgrenze im Rahmen der Operation «Forward Presence» mit weiteren 100 Spezialisten inklusive einer NASAMS Boden-Luft-Abwehrbatterie verstärkt werden. Ihre Truppen seien in Littauen und Lettland, Schiffe im Mittelmeer.

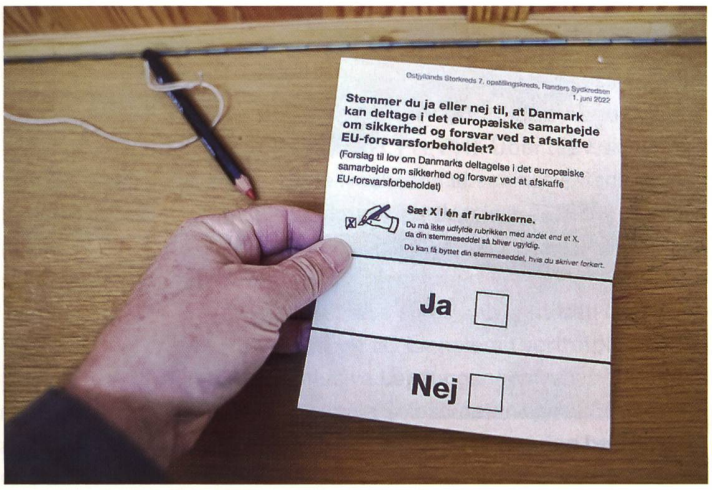
Wollte Spanien zuerst lediglich im Rahmen der EU-Bemühungen der Ukraine mit humanitären Gütern und militärischem Material helfen, so wurde unterdessen bekannt, dass das Königreich auch Luftabwehrraketen sowie gebrauchte Kampfpanzer Leopard 2, die es aus alten Bundeswehrbeständen in Deutschland kaufte, in die Ukraine schicken will. Gerade die Hilfeleistung mittels modernen Panzern wäre gesamteuropäisch ein «Game-Changer». Gleichzeitig hat das Land zum zweiten Mal infolge seine Teilnahme an der internationalen Militärübung «African Lion» (unter

Präsentation der Festschrift zum Jubiläum. Bild: Ministerio de Defensa

marokkanischer Leitung) abgesagt. Die Spanier wurden jeweils von den USA, das etwa 7000 Soldaten an die Übung entsendet, eingeladen. Offiziell hiess es im Frühjahr, dass eine Teilnahme heuer aus Budgetgründen nicht möglich wäre. Letztes Jahr waren die Gründe klarer: Spanien machte geltend, weil die Übung zum ersten Mal auch das Gebiet der Westsahara umfasse, es aus diplomatischen Überlegungen fernbleibe. Spanien pflegte damals den mit falschen Papieren eingereisten Anführer der Polisario-Rebellen in einem Spital. Unterdessen konnten sich beide Länder, trotz teils heftigen und wiederholten Spionage-Vorwürfen, auf diplomatischer Ebene wiederfinden. Spanien unterstützt mittlerweile die marokkanischen Autonomiepläne, die in Rabat für die Westsahara ausgearbeitet wurden. *pk*

DÄNEMARK

Vollbeitritt zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik



Zweidrittel Ja-Stimmen zur GSVP. Bild: Arctictoday

Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, liess ihrer Freude freien Lauf. Unter Verwendung des Hashtags #strongertogether gratulierte sie den Dänen via Twitter zum Ausgang des Referendums über den Beitritt zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union. Von etwa 4,3 Millionen dänischen Abstimmenden sprachen sich 66,9 Prozent dafür aus, dass ihr Land fortan auch mit Truppenentsendungen innerhalb der europäischen Verteidigungsarchitektur aktiv werden kann. Im Königreich geht man davon aus, den formellen Beitritt am 1. Juli vollzogen zu haben, so der dänische Aussenminister Jeppe Kofod. Er sei stolz, nun auch vollständig in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung mit seinen europäischen Partnern zusammenarbeiten zu können. «Das ermöglicht uns, eine noch grössere Verantwortung zu übernehmen.» Der aktuelle Status der sogenannten «defence opt-out» innerhalb der EU muss zuerst noch offiziell aufgehoben werden, dazu benötigt es diverse organisatiorische und gesetzliche Anpassungen. Ein Grund für den Meinungswechsel in Dänemark ist die sich stark veränderte Sicherheitslage innerhalb Europas. «Leider sehen wir einer Zeit entgegen, die noch instabiler sein wird als die jetzige», erklärte die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, nachdem sie ihren Wahlzettel eingeworfen hatte. Faktisch dürfte sich aber wenig ändern, der Beitritt wird nur marginale Auswirkungen auf die GSVP haben: Dänen dürfen fortan bei EU-Sitzungen über Verteidigungsfragen mitreden und aktiv an EU-Militärmissionen teilnehmen. Der Schritt kann deshalb keinesfalls mit den NATO-Beitritten Finnlands und Schwedens verglichen werden. Innerhalb der EU bleibt nun Malta das einzige EU-Land, das sich – bezugnehmend auf dessen Neutralität – noch nicht an der GSVP beteiligt. *pk*

ÖSTERREICH

Bundesheer zurückreformiert?

Wie hier an anderer Stelle bereits geschrieben wurde, gab sich das österreichische Bundesheer im letzten Jahr eine neue Kopfstruktur. Ziel der Reform war die Verschlankung. Die Anpassungen wurden mehr oder weniger durch die Beamten der Verteidigungsministerin im Geheimen getätigt und quasi «über Nacht» eingeleitet, sie gelten formell seit dem 1. Mai. Hauptaugenmerk galt den sogenannten Sektionen, die fortan Direktionen heissen sollen und von insgesamt fünf auf drei reduziert wurden (Sektion für Verteidigungspolitik mit Rechtsdienst, Internationalen Beziehungen, Public Affairs etc; Präsidialsektion mit Personellem und Finanzen sowie dem Generalstab). Der Generalstab wurde in die Generaldirektion für Landesverteidigung umbenannt. Laut der Regierung sei dies internationaler Standard, österreichische Generäle widersprachen vehement. Nun zeigt sich, dass die ganze Sache nicht ganz zu Ende gedacht wurde. Denn laut Bundesministeriengesetz «gliedern sich die Bundesministerien in Sektionen, diese wiederum in Abteilungen». Das ganze also halt? In Ermangelung der rechtlichen Grundlagen hat sich Verteidigungsministerin Klaudia Tanner deshalb entschieden, den neuen Ämtern Doppelbezeichnungen zu verleihen. Der Generalstab heisst nun also wieder wie früher, einfach ein wenig umständlicher: Generalstab/Generaldirektion für Landesverteidigung.

Zudem will Tanner diverse Amtstellen aus Wien in die Bundesländer verlegen. Diese «Dekonzentration» ist jedoch aktuell nicht verfassungskonform. Die Verteidigungsministerin will das ändern und eine «ausdrückliche Rechtsgrundlage für die Dislozierung verschiedener Organisationseinheiten schaffen». Und so liest sich denn auch der Entwurf des neuen Wehrgesetzes. Um dieses durch den Nationalrat zu bringen, braucht es eine Zweidrittelsmehrheit. Ob sie diese bekommt, bleibt aber fraglich. Immerhin wurden enorme Budgeterhöhungen be- und versprochen. Von aktuell 2,7 Milliarden Euro (0,62% des BIP) rauf auf 6 Milliarden (1,5% des BIP) im Jahr 2025 soll es gehen. Die Neutralitätsfrage wird dabei laut dem Bundespräsidenten Van der Bellen explizit nicht gestellt werden. Inwiefern die bewaffnete Neutralität in Zukunft, auch mit massiv mehr Geld aufrecht-

Österreichischer Pilot, Daumen hoch? Bild: Bundesheer

erhalten werden kann, bleibt indes fraglich. Das Bundesheer wird von Personalmangel geplagt. Im Ernstfall sollen die knapp 21 000 Präsenzkräfte mit etwa 34 000 Soldaten aus der Miliz verstärkt werden. Von diesem Zuwachs werden mehr als 16 000 den Kampfverbänden zugewiesen. Nur, die meisten haben dort noch nie Dienst geleistet, kennen weder Systeme noch Material, geschweige denn Einsatzverfahren oder gar die eigene Funktion. Vereinfacht: Diese Grundwehrdiener erhielten am Ende ihrer Grundausbildung einen «Bereitstellungsbescheid» der einerseits dazu dient, im Kriegsfall auf sie zugreifen zu können, andererseits aber auch, um die fehlenden Funktionen in den Sollbeständen zu füllen. Sie sind Papiersoldaten, wie diese im Minsterium genannt werden. Und nebst Ausrüstung und Material fehlt für diese auch die Führung. Aktuell gibt es einen Unterbestand von etwa 3000 Unteroffizieren und 1000 Offizieren. *pk*

USA

Linda Fagan übernimmt das Kommando der US-Küstenwache

Das US-Militär hat erstmals eine Kommandantin an der Spitze einer der sechs Teilstreitkräfte. Admiral Linda Fagan übernahm in Anwesenheit des US-Präsidents das Kommando der US-Küstenwache. Die 58-Jährige gehöre zu einer «Generation von Pionierinnen» in den Streitkräften, sagte Biden, der von einer historischen Zeremonie sprach. Das US-Militär brauche mehr Frauen auf höchsten Führungsebenen. Dafür müsse unter anderem sichergestellt werden, dass Frauen nicht benachteiligt würden, wenn sie Kinder bekommen. «Es geht auch darum, ein Umfeld zu schaffen, in dem sich alle Mitglieder der Streitkräfte sicher fühlen, auch vor sexuellen Übergriffen.»

Republikanische Kreise gratulierten Admiral Fagan mit einem Seitenhieb an Biden. Fox News sagte, man sollte die neue Kommandantin als führungsstarke, taktisch versierte Frau wahrnehmen. Nicht als Kindegebärerin und potentielles Opfer. Fagan löste Admiral Karl Schultz ab, der vier Jahre das Kommando innehatte. In den USA gehört die 1915 gegründete Küstenwache offiziell zum Militär. Insgesamt gibt es in den Vereinigten Staaten sechs Teilstreitkräfte: Neben der Küstenwache gehören dazu das Heer, die Luftwaffe, die Marine, das Marineinfanteriekorps und die

Admiral Linda Fagan.
Bild: United States Coast Guard

Space Force. Letztere wurde erst Ende 2019 durch den damaligen US-Präsidenten Donald Trump ins Leben gerufen. Sie soll die Operationsfreiheit der USA im Weltraum gewährleisten. *Sc*

USA

Interesse an Arktis

Die US-Streitkräfte arbeiten daran, ihre Fähigkeiten in der Arktis mit dem Ziel auszubauen, die Abschreckung in der Region unterhalb der nuklearen Schwelle gewährleisten zu können. Dazu sei es nötig, mit geeigneten Verbänden ständig in der Region zu sein, dort auch zu üben und nicht nur wie bisher mit strategischen Kräften regelmässig Präsenz zu zeigen. Hintergrund ist der strategische Wettbewerb zwischen den USA, Russland und China, der sich auch in der Arktis immer deutlicher auswirkt. Insbesondere Russland hat in jüngster Vergangenheit seine militärischen Ressourcen in der Arktis deutlich erhöht. Auch China, das sich selbst als «arktisnaher Staat» sieht, beabsichtigt, seine Präsenz im Zuge des Projekts «polare Seidenstrasse» in der Region zu erhöhen.

Für die USA spielt daher Alaska eine zentrale Rolle im Hinblick auf die integrierte Abschreckungsstrategie zur Verteidigung Nordamerikas. Zwar könne die USA bisher nicht mit den Möglichkeiten Russlands in dieser Region mithalten, vor allem in Bezug auf Infrastruktur und Eisbrecher, jedoch habe man ein starkes Netzwerk von Verbündeten, sodass dieser Rückstand nicht so gravierend ins Gewicht falle. Doch als konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Fähigkeiten in der Arktis würden unter anderem sechs Eisbrecher für die U.S. Coast Guard beschafft und die Erprobung von Kommunikationsmitteln mithilfe von Starlink und OneWeb durchgeführt. Die Erprobung soll dieses Jahr abgeschlossen werden, um herauszufinden, ob mithilfe der Satellitennetzwerke der privaten Unternehmen der Datenaustausch sowohl auf taktischer als auch strategischer Ebene in dieser herausfordernden Region verbessert werden kann.

In diesen Zusammenhang sind wohl die Überlegungen der US-Streitkräfte zu sehen, mit den derzeit in Alaska stationierten Infanteriekräften eine neue Luftlandedivision aufzustellen. US-Fachpresseberichten zufolge sollen die in Alaska stationierten Kräfte der 25th Infantry Division – Heimatstandort der Division ist Hawai – aus der Division herausgelöst werden und den Kern der wieder neu aufzustellenden 11th Airborne Division bilden und auch entsprechend für Einsätze unter arktischen Bedingungen ausgestattet werden. Zukünftig würde das US-Heer somit über zwei Luftlandedivisionen – die 11th und die 82th Airborne Division – sowie eine Luftsturmdivision – die 101th Airborne Division (Air Assault) – verfügen.

Die Ursache für die Aufstellungsabsicht der neuen Luftlandedivision liegt offenbar in der als ungenügend befundenen Ausstattung der motorisierten Infanteriekräfte punkto Mobilität. Eines der beiden in Alaska stationierten Infantry Brigade Combat Teams verfügt über Radpanzer des Typs Stryker. Mit diesen Radfahrzeugen sind sie in arktischen Gebieten weitgehend an die wenigen Strassen gebunden, allerdings nicht in der Lage, abseits dieser zu operieren. Dies liegt an der anspruchsvollen arktischen Umgebung, die je nach Jahreszeit entweder schnee- und eisbedeckt oder sehr feucht und sumpfig ist. Dementsprechend sieht die Army offenbar Bedarf für leichtere Infanteriekräfte. Diese sind dann entsprechend auszubilden und leicht auszustatten, um auch über weite Distanzen und ohne Abstützung auf jegliche Infrastruktur schnell verlegt werden zu können. *Sc*

CHINA/TAIWAN

Taipei mobilisierte Streitkräfte Ende Mai

China provoziert Taiwan erneut: 30 Flugzeuge sind Ende Mai in den Verteidigungsluftraum Taiwans eingedrungen. Darunter seien mehr als 20 Kampfjets gewesen, teilte das Verteidigungsministerium in Taipei mit. Die taiwanischen Streitkräfte mobilisierten Flugzeuge und Flugabwehrsysteme, um die Aktivitäten der chinesischen Flugzeuge zu überwachen. Es handelte sich in diesem Jahr um die zweitgrösste Operation chinesischer Flugzeuge im Verteidigungsluftraum Taiwans. Am 23. Januar waren 39 Flugzeuge in diese Zone eingedrungen. Der Verteidigungsluftraum ist nicht mit dem territorialen Luftraum Taiwans identisch, sondern deutlich grösser. Er überschneidet sich teilweise mit dem eigenen Verteidigungsluftraum Chinas und erstreckt sich sogar über einige Gebiete des chinesischen Festlands hinweg.

Peking schickt regelmässig Flugzeuge in den Verteidigungsluftraum Taiwans, um seinen Anspruch auf die Insel zu untermauern und die taiwanische Luftwaffe unter Druck zu setzen. Peking betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz, die wieder mit dem Festland vereinigt werden soll – notfalls mit militärischer Gewalt. Die USA hatten China in den vergangenen Wochen vorgeworfen, die Spannungen in der Taiwan-Frage anzuheizen. US-Präsident Joe Biden bekräftigte aber auch, dass er an der Politik der «strategischen Zweideutigkeit» in der Taiwan-Frage festhalte. Dieser seit Langem verfolgte Kurs bedeutet, dass die Vereinigten Staaten zwar Taiwan Unterstützung beim Aufbau von dessen Verteidigungsfähigkeiten zusichern, aber nicht ausdrücklich versprechen, der Insel im Falle eines Krieges zu Hilfe zu kommen. *Sc*

Interkontinental-Rakete Nordkoreas im südkoreanischen Fernsehen. Bild: PD

NORDKOREA

Test einer Interkontinental-Rakete

Kurz nach Abschluss des Besuchs von US-Präsident Biden in Asien demonstriert Nordkorea mit neuen Raketentests militärische Stärke. Nordkorea feuerte in kurzen Zeitabständen drei atomwaffenfähige Raketen in Richtung offenes Meer im Osten ab, von denen mindestens eine offenbar eine Interkontinentalrakete gewesen sei, teilte Südkoreas Generalstab mit. Südkorea warf dem weithin isolierten Nachbarland Provokation vor. UN-Resolutionen untersagen Nordkorea die Erprobung von ballistischen Raketen jeglicher Reichweite. Bei solchen Raketen handelt es sich in der Regel um Boden-Boden-Raketen, die je nach Bauart auch einen oder mehrere Atomsprengköpfe befördern können. Nordkorea ist wegen seines Atomwaffenprogramms harten internationalen Sanktionen unterworfen.

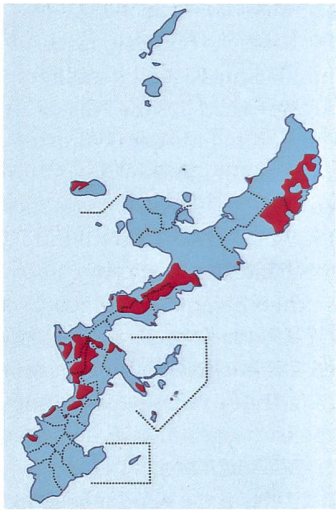
Die jüngste Testrunde erfolgte zu einem Zeitpunkt wachsender Unsicherheit in der Region. Es war bereits die 17. Runde von Raketentests durch Nordkorea in diesem Jahr. Bei der jüngsten Testrunde sei die mutmassliche Interkontinentalrakete (ICBM) bei einer Flughöhe von bis zu 540 Kilometern etwa 360 Kilometer weit geflogen, hiess es. Bei der Rakete habe es sich möglicherweise um eine Hwasong-17 – Nordkorea nennt sie Hwasongpho-17 – gehandelt, berichtete die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap unter Berufung auf Militärs. *Sc*

JAPAN

Proteste auf Okinawa gegen das US-Militär

Zur 50-Jahr-Feier der Übergabe der Insel Okinawa an Japan durch das US-Militär gingen einige ihrer Bewohner auf die Strasse. Sie verlangen eine Verringerung der Militärpräsenz. Das offizielle Japan nahm den Protest entgegen, ohne darauf einzutreten. Am 15. Mai 1972 hatten die USA die «administrative Kontrolle» über Okinawa an Japan übertragen. Okinawa gehört erst seit 1879 zu Japan. Im Zweiten Weltkrieg fanden dort die einzigen Schlachten zwischen Kaisertruppen und den USA auf japanischem Boden statt. Der «Taifun aus Stahl» der USA vernichtete fast alle Siedlungen, 94 000 Insulaner starben. Danach errichtete das US-Militär mit «Bajonett und Bulldozer», wie die Bewohner sagten, auf den besten Flächen seine heute 88 Basen. Über die Hälfte der 54 000 US-Soldaten in Japan ist derzeit in Okinawa stationiert.

Während Japan 1952 souverän wurde, blieb Okinawa unter US-Herrschaft. Trotz Rückgabe gehören die Stützpunkte weiter den USA. Angeblich hat Washington seine Atomwaffen nach 1972 aus Okinawa abgezogen. Zuvor hatte Japans Regierung den USA heimlich die Stationierung von Atombomben für den Ernstfall erlaubt. Aber der Abzug lässt sich nicht überprüfen – Japan hat kein Zugangsrecht zu den Basen, japanische



US-Militärbasen auf Okinawa (rote Flächen). Bild: Wikimedia

Gesetze gelten dort nicht. Auch in der neuen Indopazifik-Strategie der USA, die Chinas Grossmachtstreben eindämmen soll, spielt die Insel eine wichtige Rolle. «Die US-Basen wirken abschreckend auf China, nicht nur hinsichtlich Japan und Taiwan, sondern für den ganzen Pazifik», betont der taiwanesische Sicherheitsexperte Kuo Yujen. *Sc*